

Resolution

Die FDK sagt JA zur Unternehmenssteuerreform II

Die FDK unterstützt die Unternehmenssteuerreform II. Sie ist notwendig, damit Personen, die unternehmerische Verantwortung wahrnehmen, von der steuerlichen Doppelbelastung der Gewinne entlastet werden.

Diese Unternehmer erhalten damit mehr Mittel. Diese Mittel können in neue Unternehmungen oder Projekte investiert werden, womit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Wirtschaft ist auf Innovationen angewiesen. Nur so kann sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen.

Die Ausgestaltung der Vorlage, insbesondere der minimal vorausgesetzte Beteiligungsanteil von 10 Prozent, stellt sicher, dass nur Personen, die in juristischen Personen wirklich unternehmerische Verantwortung wahrnehmen, in den Genuss der Neuregelung kommen. Es handelt sich bei diesen Unternehmern zum überwiegenden Teil um die Inhaber von KMU. Die KMU bilden das Rückgrat der schweizerischen Wirtschaft. Auch andere Punkte der Vorlage sind wichtig, wie insbesondere die Restrukturierung, die Übertragung von Liegenschaften vom Geschäfts- ins Privatvermögen sowie die Erleichterung der Unternehmensnachfolge.

Die Finanzdirektorenkonferenz hat seit Beginn an der Vorlage zur Unternehmenssteuerreform II mitgearbeitet. Die Finanzdirektorenkonferenz ist erfreut, dass das nun zur Abstimmung kommende Modell jenem entspricht, das fast zwei Drittel aller Kantone heute bereits kennen und das sich sehr bewährt hat.

Die Vorlage bringt für den Bund keine grossen Steuerausfälle. Das Steuerharmonisierungsgesetz schreibt den Kantonen nur das System, nicht aber den Steuersatz vor. Bei den Kantonen ist das System bereits heute in 17 Kantonen in Anwendung. Die Kantone sind aufgerufen, sich an der Bundeslösung zu orientieren.

Die Finanzdirektorenkonferenz ist überzeugt, dass die Vorlage der Schweiz, insbesondere dem Wirtschaftsstandort, nur Vorteile bringen wird. Beweis dafür ist die wirtschaftlich gute Entwicklung in jenen Kantonen, die dieses System bereits kennen. Die Finanzdirektorenkonferenz empfiehlt den Stimmberechtigten ein überzeugtes Ja.

Bern, 25. Januar 2008